



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Infrastruktur und Digitales

Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt •
Postfach 3653 • 39011 Magdeburg

Bundesministerium für Wirtschaft
und Klimaschutz
Hannoversche Straße 28-30
10115 Berlin

nur per E-Mail an: BUERO-IVA6@bmwk.bund.de

Dritte Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (LSV) Referentenentwurf der Bundesregierung mit Stand vom 07.03.2023

Magdeburg, 17. März 2023

Bezug: E-Mail des BMWK vom 13.03.2023

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht:

Für die Zusendung des oben genannten Referentenentwurfs und das Einräumen der Möglichkeit der Stellungnahme bedanke ich mich. Zu dem Referentenentwurf wird wie folgt Stellung genommen:

Mein Zeichen/
Meine Nachricht:
36-01308-4/1/8875/2023

Bearbeitet von:
Torsten Bohlmann

Mit den Regelungen wird beabsichtigt, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass künftig alle gemeldeten Ladepunkte veröffentlicht werden müssen. Zugleich soll die Umsetzungsfrist für das einheitliche Bezahlssystem beim Ad-hoc-Laden auf den 1. Juli 2024 verlängert werden.

Tel.: +49 391 567-3537
E-Mail:
Torsten.Bohlmann@sachsen-anhalt.de

Die geplanten Regelungen werden in der Sache begrüßt und unterstützt.

Zu den Regelungen ist im Einzelnen Folgendes anzumerken:

1. In § 5 LSV sollen ein neuer Absatz 2 eingefügt und die nachfolgenden Absätze in ihrer Nummerierung geändert werden. Es wird angemerkt, dass mit den Regelungen zu Nummer 2 Buchstabe b) und c) des Referentenentwurfs der bisherige Absatz 4 redundant sowohl in der Regelung zu Buchstabe b) als auch in der Regelung zu Buchstabe c) erfasst ist, was korrigiert werden müsste.
2. In § 8 LSV sollen die Übergangsregelungen angepasst werden. Es wird angemerkt, dass die Regelung zu Nummer 3 des Referentenentwurfs von ihrem

Turmschanzenstraße 30
39114 Magdeburg

Tel.: (0391) 567 - 01
Fax: (0391) 567 - 75 10
E-Mail:
poststelle-mid@sachsen-anhalt.de
Internet:
<https://www.mid.sachsen-anhalt.de>

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Landeshauptkasse
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
IBAN
DE21 8100 0000 0081 0015 00
BIC MARKDEF1810

Wortlaut her als Anwendungsbestimmung formuliert und nicht als Ausnahmeregelung gefasst sind. Die Übergangsregelungen wurden mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung vorbildlich stichtagsbezogen und für die Betreiber der Ladeinfrastruktur sehr gut verständlich als Ausnahmeregelungen neu gefasst. Diese vorbildliche Form wird mit dem Referentenentwurf wieder aufgegeben. Es wird angeregt, der Klarheit wegen die Form als Ausnahmeregelung auch weiterhin beizubehalten. Der Betreiber eines Ladepunktes wird nach hiesiger Einschätzung nicht mit der jeweils geltenden Fassung der LSV vertraut sein. Für ihn wäre die Regelung der Ausnahmen in der Form hilfreich, dass ihm klar verständlich vermittelt wird, wann er mit seinem Ladepunkt von bestimmten Regelungen ausgenommen ist.

Artikel 2 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung enthielt bereits in Bezug auf die Umsetzungsfrist für das einheitliche Bezahlssystem beim Ad-hoc-Laden gut formulierte Regelung zur Änderung der Übergangsregelungen. Nach hiesiger Einschätzung sollte deren Form in der jetzigen Änderungsverordnung wieder aufgegriffen werden.

3. Mit Nummer 4 des Referentenentwurfs sollen ein neuer § 9 und die Anwendungsbestimmung in die LSV eingeführt werden, dass bis zum Ablauf des 30. Juni 2024 die geänderten §§ 4 und 8 LSV in der zum Tag der Verkündung der Änderungsverordnung geltenden Fassung weiter anzuwenden sind. Es wird angeregt, von dieser Form der Regelung Abstand zu nehmen und der besseren Verständlichkeit wegen die Rechtsanwendung über das zeitlich gestaffelte Inkrafttreten der Änderungsverordnung zu regeln, so wie es in Artikel 3 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung bereits praktiziert wurde.

Im Auftrag

gez. Torsten Bohlmann